

Erwerbsbiografien von Frauen

Informationen aus dem
Ständigen Ausschuss Frauen und Erwerbsarbeit

Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Nr. 2 – September 2022

Liebe Frauen,

eine intensive Tagung liegt hinter uns, die mit ihren Inhalten und Statements, den geteilten Erfahrungen und der offenen Haltung der Frauen aus ganz Deutschland noch nachschwingt. Wir wollten miteinander ins Gespräch kommen, statt übereinander zu reden; aktiv zuhören, ohne zu bewerten; Brüche und Hürden in der Biographie als Chance begreifen; Wege eines gemeinsamen Engagements für die Gleichstellung der Frauen in der Erwerbsarbeit, bei der Bezahlung und letztendlich in der Gesellschaft entwickeln. Wie es in einem Text des Wochenendes nach Barbara Baumann lautete: "Viel wird möglich durch dich".

Petra Löwenbrück, Sprecherin

Erwerbsbiografien in Ost und West

Obwohl die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten über 30 Jahre her ist, haben die vielfältigen Umbrüche und gesellschaftlichen Prägungen nach wie vor spürbare Auswirkungen auf die Erwerbsbiografien von Frauen in den ostdeutschen Bundesländern. Das war eine der zentralen Botschaften auf der Tagung des Ständigen Ausschusses Frauen und Erwerbsarbeit, die vom 16. bis 18. September 2022 im Konrad-Martin-Haus in Bad Kösen stattfand. Unter der Überschrift „Erwerbsarbeit von Frauen. Was unterscheidet uns – was eint uns in Deutschland?“ nahmen die Delegierten die Erwerbsbiografien von Frauen im gesamten Bundesgebiet unter unterschiedlichen Aspekten in den Blick. Bereits in den letzten Jahren war der Ausschuss immer mal wieder vom Veranstaltungsort Mainz abgewichen und hatte Tagungen im Bereich anderer Diözesanverbände durchgeführt. Jetzt hatte er sich aufgrund der Thematik für diesen Ort in der Nähe von Naumburg a. d. Saale im Süden Sachsen-Anhalts entschieden. Dort konnten die Sprecherinnen Petra Löwenbrück und Veronika Pütker gemeinsam mit Lisa Meerman-Lippe vom kfd-Bundesverband auch Frauen aus dem Netzwerk Ost begrüßen, die die Diskussionen mit Informationen aus erster Hand bereicherten.

Die Wende als einschneidende Zäsur

Für den Studienteil der Tagung hatte der Ständige Ausschuss Cornelia Stieler als Referentin eingeladen. Die Kommunikations- und Betriebspsychologin ist als Trainerin, Coach und Wirtschaftsmediatorin tätig und in dieser Funktion auch bei vielen katholischen Trägern präsent. Aufgrund ihrer eigenen Biografie – 1965 in Erfurt geboren, Ausbildung zur Bauzeichnerin, Ingenieurstudium und 1990 Verlust des Arbeitsplatzes – hat sie vieles erlebt, was für die Menschen ihrer Generation und Herkunft typisch ist: Sie alle haben die Wende als einschneidende Zäsur erlebt, die vor allem das berufliche Leben auf den Kopf gestellt hat. Nach dem Mauerfall ist Stieler im Rahmen ihrer beruflichen Neuorientierung viel zwischen Ost- und Westdeutschland gependelt und hat vielfältige Qualifikationen erworben. Mittlerweile ist die Medienfachwirtin und systemische Therapeutin auch als Biografietrainerin und Dozentin in der Erwachsenenbildung tätig, leitet die von ihr 2012 gegründete „Waldakademie Machern“ und hat sich mit der Marke „OSTZIGARTIG“ auf die individuelle Auseinandersetzung mit DDR-Biografien spezialisiert. Stieler, die aufgrund ihrer katholischen Sozialisation vor der Wende immer wieder staatlichen Restriktionen ausgesetzt war, beleuchtete in ihrem Vortrag unterschiedliche Aspekte des Transformationsprozesses in der ehemaligen DDR und dessen Auswirkungen auf die Erwerbswelt allgemein, aber auch speziell auf die von Frauen. Ergänzt wurden ihre Ausführungen in den Diskussionen mit Vergleichen zur Situation von erwerbstätigen Frauen in Westdeutschland sowie deren gesellschaftlichen Prägungen.



Aktuelle Stimmungslagen

„Grundsätzlich sind die ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger überwiegend zufrieden mit dem Systemwechsel infolge der friedlichen Revolution von 1989“, so Stieler, die sich als Brückenbauerin zwischen Ost und West versteht und gegen jede Rückwärtsverherrlichung und das Vergessen des Unrechtsregimes eintritt. Aber das Leben habe sich für die Menschen in kurzer Zeit so fundamental geändert, dass die Wiedervereinigung bis heute einen entscheidenden Bestandteil ihrer Biografie darstelle. Egal, ob die Wende als negative, neutrale oder positive Erfahrung bewertet werde; allen Betroffenen gemein sei die Tatsache, dass diese eine hohe Anpassungsleistung erfordert habe, die aus Sicht der Betroffenen zu wenig Anerkennung finde. „Aus der Perspektive vieler Ostdeutscher interessiert sich der Westen bis heute zu wenig für Ostdeutschland und es macht offenkundig immer noch einen Unterschied, aus welchem Teil Deutschlands man kommt“, erläuterte die Referentin. In diesem Zusammenhang zitierte Stieler eine sächsische Langzeitstudie zur geschätzten Zeitdauer bis zur Vollendung der inneren bzw. wirtschaftlichen Einheit Deutschlands. „Während man 1990 noch davon ausging, dass diese in sechs bis acht Jahren erreicht sei, rechneten die Befragten 2020 noch mit einem Zeitraum bis in die 2040er Jahre. Es dauert einfach sehr lange.“



Das demografische Problem

Unter der Überschrift „Erwerbstätigkeit – das demografische Problem“ erläuterte Stieler Nachwirkungen der großen Umwälzungen in den 1990er Jahre in den ostdeutschen Bundesländern. Seinerzeit sei in der „arbeiterlichen Gesellschaft“ der DDR die komplette Arbeitswelt umgekrempelt worden, was zu tiefen Brüchen und großer Verunsicherung geführt habe: Über ein Drittel aller Erwerbstätigen sei zeitgleich arbeitslos gewesen, es habe deutlich mehr Ab- als Aufstiege gegeben und nur wenige Führungspositionen seien mit ostdeutschen Fachkräften besetzt worden. In der Folge habe es einen dramatischen Geburtenrückgang gegeben und eine Abwanderung junger, gut ausgebildeter Menschen; das habe zu einer „Schrumpfgesellschaft“ geführt, die schneller überaltere als die westdeutsche Gesellschaft. Die Einwohnerzahlen vieler Städte befänden sich im freien Fall. Weitere Negativerfahrungen auf dem Arbeitsmarkt – z.B. die fehlende Anerkennung von Ausbildungszertifikaten – führten zudem dazu, dass die Bereitschaft, über das frühestmögliche Renteneintrittsalter hinaus zu arbeiten, in den neuen Bundesländern weniger ausgeprägt sei. „Die psychosozialen Folgen sind gravierend“, betonte Cornelia Stieler. „Der Verlust von Identität und die fehlende Anerkennung von Lebensleistung wirkt auch in den nächsten Generationen fort.“ Aber auch die berufsbedingte Binnenmigration fordere ihren Preis und führe zu sozialen Verwerfungen, die lange Zeit fortwirkten. So tangiere die Pendeltätigkeit Beziehungen und Familienstrukturen vielfach negativ und bringe ein größeres Gesundheitsrisiko für psychische Beschwerden mit sich.



Binnenmigration aus Geschlechterperspektive

In der Nachwendezeit ist Studien zufolge nicht nur die Zahl der Eheschließungen zurückgegangen und die Geburtenrate rasant gesunken; es gab auch eine Feminisierung der Migration. „Vielleicht weil Frauen pragmatischer und kreativer mit der Situation umgegangen sind“, mutmaßt Stieler. Zwischen 1991 und 2005 waren zwei Drittel der Abwanderer weiblich, was zu einem Männerüberschuss in bestimmten Jahrgängen geführt hat. Diese demografische Maskulinisierung erschwert Männern die Partnersuche, birgt die Gefahr einer höheren Gewaltneigung und führt nicht selten zu einem stärkeren Zulauf rechter Gruppierungen. Zudem sind 70 Prozent der nach der Wende entstandenen Ost-West-Ehen zwischen Ost-Frauen und West-Männern geschlossen worden. „Und tatsächlich gibt es auch fast doppelt so viele Todesfälle infolge von Suizid, Alkohol und Drogen bei ostdeutschen Männern mittleren Alters als bei westdeutschen“, betonte die Referentin.

Arbeitsmarkt in Ost und West – Zahlen und Fakten

Auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung gibt es mit Blick auf die Erwerbswelt noch erhebliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Zwar haben Frauen in beiden Landesteilen bei schulischer und beruflicher Qualifikation weitgehend mit den Männern gleichgezogen, aber in Sachen Einkommen und Erwerbsbeteiligung zeigen sich nach wie vor Unterschiede zwischen Ost und West sowie zwischen den Geschlechtern. Generell verdienen Beschäftigte in Ostdeutschland weiterhin weniger als in Westdeutschland. So lag der durchschnittliche Bruttolohn im Jahr 2019 im Westen bei 3340 Euro und im Osten bei 2790 Euro, also auf 83,5 Prozent des Westniveaus. Die

Gründe dafür liegen in der regionalen Wirtschaftsstruktur. Unternehmenszentralen sowie attraktive und lukrative Arbeitsplätze liegen vorwiegend im Westen, während sich im Osten eher die Produktionsstandorte befinden. Auch wenn der Lohnunterschied seit den 1990er Jahren deutlich verringert werden konnte, ist er immer noch so gravierend, dass



diese Einkommenslücke nicht mit den unterschiedlichen Lebenshaltungskosten in Ost und West relativiert werden kann. Ein weiterer Grund für die Lohndiskrepanz ist auch die geringere Tarifbindung im Osten. Der Anteil der Beschäftigten, für die ein Branchentarifvertrag gilt, lag 2019 im Westen bei 46 Prozent und im Osten lediglich bei 34 Prozent. Auch liegt die Armutsgefährdung in Ostdeutschland mit 17,9 Prozent gegenüber 15,4 Prozent höher als im Westen.

Rollenbilder prägen Frauenerwerbsarbeit

Bei der Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt wirken auch heute noch jene unterschiedlichen Rollenbilder nach, mit denen die Menschen während der Teilung Deutschlands konfrontiert waren bzw. aufgewachsen sind. Während für Frauen in der DDR die Berufstätigkeit selbstverständlich war und staatlich gelenkt wurde, weil sich der „Arbeiter- und Bauernstaat“ über diese Maxime definierte, hatten im Westen traditionelle Rollenbilder lange Zeit einen hohen Stellenwert: der Mann als Familienoberhaupt und Hauptverdiener, die Frau als treusorgende Gattin und fürsorgliche Mutter, die höchstens „dazuverdient“. Dieses Modell hat in den letzten Jahrzehnten – auch dank des Einflusses ostdeutscher Frauen – deutlich an Zustimmung verloren. Die Erwerbstätigenquote lag bei westdeutschen Frauen 2018 um gut acht Prozentpunkte unter der der westdeutschen Männer (72 zu 80 Prozent), aber um ein Vielfaches höher als Anfang der 1990er Jahre.

Im Osten dagegen lag die Erwerbsquote von Frauen – nach dem Einbruch durch die Wende – schon vor 30 Jahren bei rund 67 Prozent und betrug 2018 etwa 74 Prozent. Die Zunahme ist aber im gesamten Bundesgebiet vor allem in der gestiegenen Teilzeittätigkeit begründet. Diese ist im Osten zwar stärker gestiegen als im Westen, aber mit insgesamt knapp 35 Prozent immer noch niedriger als bei westdeutschen Frauen (48 Prozent). Die deutliche Differenz beim zeitlichen Umfang der Erwerbsarbeit hängt nach einer Analyse des Wirtschafts- und Sozialinstituts maßgeblich mit dem unterschiedlichen Angebot an institutioneller Kinderbetreuung zusammen, die in der DDR aus ideologischen Gründen flächendeckend vorhanden war. Allerdings wollen auch mehr West- als Ostfrauen der Kinderziehung wegen in Teilzeit arbeiten. Der unterschiedlichen historischen Entwicklung ist auch die Tatsache geschuldet, dass die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen im Osten geringer ist als im Westen. Beträgt der Gender Pay Gap im Westen aktuell 18 Prozent, liegt dieser im Osten bei nur sechs Prozent – ungeachtet der Tatsache, dass Frauen im Osten weniger verdienen als ihre West-Kolleginnen. Die Arbeitslosenquote von Frauen lag 2019 im Osten mit 5,5 Prozent etwas höher als im Westen mit 4,8 Prozent, aber in beiden Fällen rund zwei Prozent unter der der Männer. Weit entfernt von Gleichstellung sind Frauen in Bezug auf Führungspositionen in beiden Landesteilen; allerdings steht hier der Osten etwas besser da. Zudem sind es hauptsächlich Frauen, die in Minijobs arbeiten; in Westdeutschland allerdings deutlich mehr als im Osten. Grundsätzlich ist aber eine generelle Abnahme dieser Beschäftigungsform im gesamten Bundesgebiet zu verzeichnen. Im Übrigen gilt überall die Erfahrung, dass die private Sorgearbeit überwiegend von Frauen geleistet wird, was vielfach zu Überlastung führt.

Intensiver Austausch zu Wahlfreiheit und Bildungszugängen

In den anschließenden Diskussionen ging es weniger um die Frage, wie Geschlechtergerechtigkeit im Arbeitsleben besser umgesetzt werden kann. Die finanzielle Aufwertung frauendominierter Berufe, die Umwandlung von Minijobs in reguläre Beschäftigung, der Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen, eine gerechte Aufteilung und Anerkennung von Sorgearbeit oder die Abschaffung des Ehegattensplittings – mit all diesen Lösungsansätzen hat sich der Ständige Ausschuss schon vielfach beschäftigt. Hier ging es jetzt vielmehr um den intensiven Austausch über persönliche Erfahrungen, die die Frauen in beiden Teilen Deutschlands gemacht haben: über ihre Chancen und Brüche, Hürden und Neuorientierungen in der Erwerbswelt.



So berichteten Delegierte mit Westbiografie genauso von der Erfahrung, kein Abitur machen zu dürfen, weil sie als Frau „ja ohnehin heirate“, weil das Geld zu knapp war oder weil der Bruder ohne Abitur gekränkt sein könnte, wie von dem Klischee, als „Rabenmutter“ bezeichnet zu werden, wenn frau mehr als nur in Teilzeit berufstätig sein wollte. Es gab Berichte, dass die Mutter nicht arbeiten gehen durfte, weil das die Autorität des Familienoberhauptes untergraben hätte, dass die eigene Erwerbsarbeit an fehlender Kinderbetreuung gescheitert sei oder dass eine eigenständige, existenzsichernde Altersversorgung fehle. Auch sei eine Ausbildung in einer beruflichen Männerdomäne nicht gefördert worden, was für Frauen mit Ostbiografie kein Problem dargestellt hatte. Ihnen fehlte dagegen Wahlfreiheit insofern, als die Berufswahl staatlich gesteuert war, je nachdem, was gerade gebraucht wurde. Und an Grenzen stießen Männer wie Frauen in der DDR vor allem dann, wenn sie die Überzeugung der Regierung offenkundig nicht teilten, indem sie beispielsweise nicht zur Jugendweihe gingen oder sich zu ihrer Religion bekannten. Sie durften nicht den Beruf ihrer Wahl erlernen, geschweige denn studieren. Eine Delegierte berichtete auch von großem Druck und strengen Kontrollen, weil sie ihre Kinder nicht in eine Krippe gab, sondern zu Hause betreute. „Es war in der DDR kein leichtes Leben, ein anderes Leben zu führen“, konstatierte die Referentin. Andere Frauen berichteten, wie „menschenverachtend“ das System allein im Hinblick auf die Kinderbetreuung in Krippen gewesen sei: ein „Albtraum“ für Mütter wie Kinder.

Brüche und Verletzungen – Plädoyer für Biografiearbeit

Ungeachtet der aktuellen beruflichen Situation von Frauen in Ostdeutschland wirken Brüche und Verletzungen infolge der Wende bis heute nach. Von jetzt auf gleich arbeitslos zu werden, war ein tiefer Einschnitt, der mit Schamgefühlen besetzt gewesen sei, so die Ost-Delegierten. Auch dass die vorhandenen Leistungspotenziale und Arbeitsmarktkompetenzen vieler gut ausgebildeter Frauen im Umbauprozess nicht mobilisiert und genutzt wurden, kam einer tiefen Kränkung gleich. Nicht alle Frauen hätten es geschafft, Langzeitarbeitslosigkeit und Abwärtsentwicklungen kreativ und mutig zu begegnen, so Stieler. Stattdessen hat sich die tiefe Verunsicherung von Menschen, die aus der Bahn geworfen wurden, in der nächsten Generation mit vielen orientierungslosen Jugendlichen fortgesetzt. Die Diskussionen waren letztlich ein starkes Plädoyer für Biografiearbeit, um sich mit der eigenen Geschichte und dem Verlust von Identität auszusöhnen.

Termine:

18. – 20. November 2022, Jahrestagung Mainz
17. – 19. März 2023, Frühjahrestagung Mainz
22. – 23. September 2023, Herbsttagung Mainz
17. – 19. November 2023, Jahrestagung Mainz

Text/Fotos: Beate Behrendt-Weiß/Journalistin
Ständiger Ausschuss Frauen und Erwerbsarbeit
Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands
Prinz-Georg-Str. 44, 40477 Düsseldorf
Telefon: 0211-44992-74
Lisa Meerman-Lippe – meerman-lippe@kfd.de
www.kfd.de
<https://www.kfd-bundesverband.de/staendiger-ausschuss-frauen-und-erwerbsarbeit>

Vernetzen, verstehen, präsent sein

Die Delegierten bezeichneten die Tagung, deren Programm mit einer Führung im eindrucksvollen Naumburger Dom abgerundet wurde, als große persönliche Bereicherung, aber auch Signal an die kfd und den Ständigen Ausschuss, im Osten präserter zu sein, sich stärker zu vernetzen und die Vielfalt als Chance zu sehen. Laut Referentin gibt es aktuell eine neue Neugier auf den Osten. Diese sollte auch die kfd nutzen, um einen ehrlichen Dialog zu suchen, die „Norm West“ zu hinterfragen sowie bewusst und mit Offenheit aus den weit verbreiteten Stereotypen „Der goldene Westen – der abgehängte Osten“ auszusteigen.